

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
gebühren für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 3 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 5. November 1924

Nummer 94

### An die Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe!

Die am 2. November 1924 in Berlin tagende Gauvorsteherkonferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat im Einverständnis mit dem Gutenbergbund und den Hilfsarbeiterorganisationen den auf nur 10 Proz. Lohnerhöhung lautenden Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

In Übereinstimmung mit den in der Tarifkommission von den Vertretern der Arbeiterschaft am 28. Oktober gestellten Forderungen sind demnach in allen Druckorten und Betrieben sofort unter Zugrundelegung der Bestimmungen des § 4 des Manteltarifs nachstehende Lohnzulagen mit Wirkung vom 25. Oktober d. J. an zu verlangen:

Orts- zuschlag	Lohnzulagen ab 25. Oktober 1924							Daraus ergeben sich folgende Tariflöhne						
	Neu- aus- gelernte	Lohnklasse A		Lohnklasse B		Lohnklasse C		Neu- aus- gelernte	Lohnklasse A		Lohnklasse B		Lohnklasse C	
		Lebige	Verh.	Lebige	Verh.	Lebige	Verh.		Lebige	Verh.	Lebige	Verh.	Lebige	Verh.
Prog.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
0	5,82	6,85	7,07	7,95	7,82	7,82	8,32	24,64	28,13	29,92	31,10	33,00	33,09	35,20
2 1/2	5,97	6,81	7,25	7,54	8,02	8,02	8,53	25,26	28,83	30,87	31,88	33,92	33,92	36,08
5	6,12	6,98	7,43	7,72	8,22	8,22	8,74	25,87	29,53	31,42	32,65	34,74	34,74	36,96
7 1/2	6,26	7,15	7,60	7,90	8,41	8,41	8,94	26,49	30,28	32,16	33,48	35,57	35,57	37,84
10	6,41	7,31	7,76	8,09	8,61	8,61	9,15	27,10	30,94	32,91	34,21	36,40	36,40	38,72
12 1/2	6,55	7,48	7,96	8,27	8,80	8,80	9,36	27,72	31,64	33,66	34,99	37,22	37,22	39,60
15	6,70	7,65	8,13	8,45	9,—	9,—	9,57	28,34	32,34	34,41	35,76	38,05	38,05	40,48
17 1/2	6,84	7,81	8,31	8,64	9,19	9,19	9,78	28,95	33,05	35,16	36,54	38,88	38,88	41,36
20	6,99	7,98	8,49	8,82	9,39	9,39	9,98	29,57	33,75	35,90	37,32	39,70	39,70	42,24
22 1/2	7,13	8,14	8,66	9,01	9,58	9,58	10,19	30,18	34,45	36,65	38,09	40,53	40,53	43,12
25	7,28	8,31	8,84	9,19	9,78	9,78	10,40	30,80	35,16	37,40	38,88	41,36	41,36	44,00

Berechner-Zuschlag 39,88 Proz., Montagszeitungen: Grundenfchädigung 4,40 M., Stundenlohn 1,47 M., Mindestverdienst 13,20 M.

Wird die Forderung nicht anerkannt, so ist das Arbeitsverhältnis mit der tariflichen Frist zu kündigen. Die Kündigung ist sofort mit Wirkung vom nächsten Lohnzahlungstage an auszusprechen. Soweit die Forderung bewilligt wird, ist von einer Kündigung abzusehen; bei Bewilligungen während der Kündigungszeit ist die Kündigung zurückzuziehen.

Sofortige Arbeitseinstellungen sind unbedingt zu vermeiden.

Während der Kündigungsfrist sind Überstunden abzulehnen. Überstunden bei Firmen, die bewilligt haben, können nach Prüfung der Verhältnisse nur im Einverständnis mit den Ortsvorständen geleistet werden.

Wo zurzeit Mehrstunden auf Grund des Arbeitszeitabkommens eingeführt sind, sind diese auch während der Kündigungsfrist zu leisten.

Diese Maßnahmen sind von der Gauvorsteherkonferenz in Übereinstimmung mit dem Urteil der Gehilfenschaft des ganzen Reiches einstimmig zum Beschluß erhoben worden. Die unverständliche Haltung der Prinzipale gegenüber den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft, die im stärksten Gegensatz zu der unter der Arbeiterschaft herrschenden Not und zu der außerordentlich günstigen Lage des Gewerbes steht, sowie die völlige Unzulänglichkeit des Schiedsspruches lassen keine andre Möglichkeit mehr zu. Es wird erwartet, daß die gesamte Gehilfenschaft des Buchdruckgewerbes diesen Maßnahmen in ernster gewerkschaftlicher Geschlossenheit Folge leistet.

Berlin, den 2. November 1924.

Der Vorstandsvorsitz

# Die Gauvorsteherkonferenz zum Schiedsspruch

Zu einer Tagung von großer prinzipieller Wichtigkeit waren die Gauvorsteher für den 2. und 3. November vom Verbandsvorstand telegraphisch nach Berlin berufen worden. Es handelte sich in der Hauptsache darum, Stellung zu dem vor dem Reichsarbeitsministerium am 30. Oktober gefällten Schiedsspruch zu nehmen, dessen Wortlaut unsern Kollegen aus der vorigen Nummer des „Korr.“ bereits bekannt ist. Auch die meisten Tageszeitungen hatten von dem Ergebnis Notiz genommen, und in Leipzig wurde es in den Mittagsstunden des 31. Oktober sogar durch Rundfunk verbreitet. Mit dem ominösen Begriff „Spitzenlohn der Buchdrucker“, den tatsächlich kaum ein Fünftel der Gehilfenschaft besaß, wurde wieder der nollige Tamtam gemacht.

Zu der am Sonntagmorgen eröffneten Konferenz waren sämtliche Gauvorsteher erschienen, desgleichen Vertreter der übrigen graphischen Organisationen. Außerdem nahmen der gesamte Verbandsvorstand, der Vorsitzende des Bildungsverbandes und die „Korr.“-Redaktion an der Tagung teil.

Verbandsvorsitzender Seitz widmete vor Eintritt in die Tagesordnung dem kürzlich verstorbenen ehemaligen langjährigen Vorsteher des Gauen Erzgebirge-Bezirks, Kollegen R. W. Stoy, einen ehrenden Nachruf.

Unter Bezugnahme auf den „Korr.“-Bericht und auf das vom Verbandsvorstand unmittelbar nach Fällung des Schiedspruchs an sämtliche Gau-, Bezirks- und Ortsvorstände direkt versandte Rundschreiben gab der Verbandsvorsitzende sodann eine eingehende Schilderung der tariflichen Situation. Die durch den Schiedsspruch festgelegte nur zehnprozentige Lohnerhöhung entspricht keineswegs den Erwartungen, die die Gehilfenschaft zu hegen berechtigt war angesichts der beträchtlichen Teuerung, der außerordentlich günstigen Konjunktur, der bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen und des Weihnachtsgeschäfts. Um so weniger, als mit der von der Arbeitervertretung geforderten Erhöhung des tariflichen Spitzenlohns von 33,60 auf 44 M. die eingetretenen Teuerungsverhältnisse durchaus nicht als abgegolten anzusehen sind. In einer großen Reihe von Zuschriften, Telegrammen und Resolutionen, die aus dem ganzen Reich beim Verbandsvorstand dieser Tage ein gingen, kam denn auch die starke Entrüstung spontan zum Ausdruck, die sich beim Bekanntwerden des ungenügenden Schiedspruchs der Gesamtilfenschaft bemächtigt hat. Die meisten dieser Eingänge gelangten zur Verlesung. Mit besonderem Bedauern hob der Verbandsvorsitzende hervor, daß trotz der eindringlichen Mahnung in dem am 31. Oktober herausgegebenen Zirkular an sämtliche Bezirks- und Ortsvereine, die Beschlüsse und Maßnahmen der bevorstehenden Gauvorsteherkonferenz abzuwarten, die sich die unbedingt notwendige gewerkschaftliche Disziplin zu verzeihen seien. In Breslau kam es ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung, die sich auf ganz Schlesien zu erstrecken droht. Durch derartige Eigenmächtigkeiten werde der Gesamtbewegung sicherlich ein schlechter Dienst erwiesen — sogar die Arbeiterpresse in Breslau wurde zunächst stillgelegt! —, abgesehen von den Schwierigkeiten, die der Organisation aus Disziplinbrüchen erwachsen können. Schon sei eine Beschwerde des Deutschen Buchdrucker-Vereins beim Verbandsvorstand eingegangen über das Breslauer Vorgehen, worin unter Hinweis auf die gegenseitige Nichtbeachtung der Bestimmungen über das tarifliche Schlichtungsverfahren eine Schadensersatzklage angedroht wird, wenn die Wiederaufnahme der Arbeit nicht alsbald erfolgt. Der Verbandsvorstand hat der Prinzipalsleitung geraten, durch Verhandlungsbereitschaft selbst die nötigen Vorbedingungen zur möglichst raschen Beilegung des örtlichen Konfliktes mit schaffen zu helfen. Am Schlusse seiner alle Entwicklungsmöglichkeiten der tariflichen Situation ins Auge fassenden Darlegungen ersuchte der Verbandsvorsitzende die Gauvorsteher, lediglich auf Grund nüchternen, sachlicher Erwägung die verantwortungsvolle Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu treffen. Von der Prinzipalsvertretung war inzwischen bekannt geworden, daß sie „trotz schwerster Bedenken“ dem Schiedsspruch ihre Zustimmung gegeben hatte. Aus der darauf einsetzenden lebhaften Diskussion ging hervor, daß selbst bei voller Würdigung aller zu erwartenden Schwierigkeiten im Falle eines gewerblichen Kampfes doch sämtliche Gauvorsteher einmütig der Auffassung Ausdruck verliehen, daß der vorliegende Schiedsspruch für die Gehilfenschaft u n a n e h m b a r ist. Dabei wurde verschiedentlich hervorgehoben, daß es gerade die älteren und erfahrenen Kollegen sind, die in der gegenwärtigen Situation auf die unbedingte Ablehnung des Schiedspruchs mit seiner unzulänglichen Lohnerhöhung hindrängen.

Im Laufe der weiteren Debatte schilderten die Gauvorsteher, wie in ihren Bereichen die Dinge liegen und welche Erscheinungen besonders hervorgetreten sind in der letzten Zeit. Überstunden werden zum Teil in einem Maße verlangt und geleistet, daß es die betreffenden Kol-

legen vor sich als Mensch und Gewerkschaftler nicht verantworten können. Andererseits wurde betont, daß der nicht unbeeinträchtigte Teil der Kollegen ohne Leistungszulage und Überstunden — also die Schlechtestgestellten — diesmal in erster Linie berücksichtigt werden müßte. Nach deren schwieriger Lage sei die gestellte Forderung wirklich nicht zu hoch bemessen. Es konnte von bürgerlichen Blättern mitgeteilt werden, daß diese die Teuerung auf rund 40 Proz. bemessen. Die Stimmung in der Kollegenchaft ist auch ohne die jetzigen Protesttelegramme gegen den Schiedsspruch gut zu nennen. Man verlange auch die äußersten Konsequenzen von der Verbandsleitung, selbst wenn keine Streikunterstützung gezahlt werden könnte. Wiederum konnten Prinzipalsäußerungen in ziemlicher Anzahl angeführt werden, daß die Prinzipalität auf erhebliche Lohnerhöhung bei den Verhandlungen am 28. Oktober rechnete; in der Berliner Prinzipalität war man sich in weitem Maße klar, daß ein ordentlicher Schritt auf dem Lohngebiet geschehen müsse. Nach dem Verhalten der Prinzipalsvertretung am 28. Oktober und nach dem Schiedsspruch vom 30. Oktober war mehrfach und an verschiedenen Orten die Auslassung zu verzeichnen: „Bei uns (mit) kommt es nicht zum Streik, es wird bewilligt.“ Es war auch danach eine Selbstverständlichkeit, daß die Ablehnung des Schiedspruchs sich wie eine unbedingte Notwendigkeit gegen die ganze Lohnpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins gestaltete.

Die Fragen, ob Kündigung oder sofortige Arbeitseinstellung, allgemeiner oder Bewilligungsstreik wurden auch unter dem Gesichtswinkel des Breslauer Vorgehens und sonst in Schlesien geprüft, das eine direkte Verletzung der Hamburger Tarifresolution bedeutet. Die Generalaussperrungsanordnungen der Prinzipalität im Dezember 1923 und die Aprilaktion 1924 in der Gehilfenschaft wurden mit den dabei gemachten Erfahrungen reichlich erwogen und schließlich in dem Sinne, wie aus dem Aufrufe ersichtlich, entschieden. Je geschlossener und taktisch einheitlicher sich die ganze Aktion gestaltete und je zweifelstreiter sich die gewerkschaftliche Disziplin zeigte, um so eher könnte der Erfolg eintreten und je größer werde auch das Gelingen sein. In vollem crossenzeitigen Vertrauen der Masse zur Führung und umgekehrt müßten wir die Lohnfrage jetzt gründlich aufrollen. Wie oft hätten Prinzipale ihren Gehilfen in den Druckereien erklärt: „Wenn die Gehilfenunterhändler höhere Forderungen gestellt haben würden und dabei geblieben wären, dann wäre auch mehr herausgesprungen.“ Nun müßte nach solchen Prinzipalsratschlägen gehandelt werden, 44 M. in der Spitze seien auch weiter zu fordern. Eine Kommission arbeitete darauf in den Abendstunden den an der Spitze dieser Nummer abgedruckten Aufruf an die Gehilfenschaft mit den zum Vorgehen erforderlichen Richtlinien aus. Die Zustimmung dazu erfolgte ebenfalls in voller Einmütigkeit, nicht bloß seitens der Gauvorsteher, sondern auch der Vorstände aller übrigen graphischen Organisationen, einschließlich des Gutenbergsbundes.

Von der Gesamtilfenschaft muß erwartet werden, daß sie mit gleicher Einmütigkeit und Entschlossenheit sich hinter ihre berufenen Vertreter stellt, und daß sie diese über sämtliche wichtigen Vorgänge im Laufe der Bewegung schnellstens und gewissenhaft unterrichtet. Die Gewerkschaften sind und bleiben das natürliche Bindeglied, die wertvollste Waffe der Arbeiterchaft. Diese Waffe scharf zu erhalten durch lebhafteste Teilnahme am Organisationsleben, durch Opfermut und Solidaritätsgesühl, das muß sich jedes Mitglied zur Aufgabe machen!

Nach ernster und eingehender Aussprache über die hiermit beschlossenen Maßnahmen zur Durchführung der Bewegung mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln wurde über die erforderliche Unterstützung der Kollegenchaft beraten. Es konnte zwar mit Freuden konstatiert werden, daß aus allen Gauen Deutschlands zahlreiche Berichte vorlagen, nach denen die Gehilfenschaft in allen Druckorten fest entschlossen ist, den eventuell notwendig werdenden Kampf ohne sofortige materielle Unterstützung auszunehmen. Doch konnte mit der gleichen Genugtuung festgestellt werden, daß der Verband in den letzten Monaten eine derart günstige Entwicklung zu verzeichnen hat, daß er seinen Mitgliedern in diesem Falle gar keine so großen Opfer auszumuten braucht. Es wurde daher für den Fall einer Dauer der Bewegung über die tarifliche Kündigungsfrist hinaus die Gewährung einer Unterstützung vom ersten Tage eines Streiks an von täglich zwei Mark aus der Verbandskasse einstimmig zum Beschluß erhoben; die Gewährung von Kinderzulagen wurde zunächst den Gauen überlassen.

Die Festlegung der Beiträge, mit deren Hilfe die Bewegung im Interesse der gesamten Kollegenchaft fundiert und erleichtert werden soll, konnte dem Verbandsvorstand zur Beschlusfassung überwiesen werden. Der Verbandsvorstand wird demzufolge zu gegebener Zeit die erforderliche Beitragshöhe im Verbandsorgan zur Veröffentlichung

bringen. Wir sind überzeugt davon, daß der im Falle einer weiteren Aufreißung der Gehilfenschaft durch die Unternehmer des Buchdruckgewerbes erforderliche Appell an die gewerkschaftliche Opferwilligkeit zugunsten der im Kampfe stehenden Kollegen ein Echo finden dürfte, das dem Unternehmertum beweisen wird, daß den Buchdruckern, wenn sie jetzt noch über dreißigjährigem Frieden im Gewerbe zur Anwendung des letzten und schärfsten Mittels im Kampfe um ein besseres Dasein gezwungen werden sollten, in solidarischer Treue in Großstadt und Provinz kein Opfer zuviel sein wird!

In der Nachmittags-Sitzung des zweiten Verhandlungstages wurde noch eine ganze Reihe einzelner tariflicher Streitfragen sowie verschiedene organisatorische Erscheinungen der letzten Zeit erörtert und nach Möglichkeit zu klären versucht. Eine kurze Aussprache über gewisse Geschäftspraktiken von Annoncenexpeditionen und ähnlicher Inseratengeschäfte mit Hilfe eines oft kleinlichen Maternaustausches führte u. a. zu der Feststellung, daß nicht wenige Zeitungen, die sich im redaktionellen Teil aus politischer oder grundsätzlicher Feindschaft aufs heftigste bekämpfen, im Inseratenteil oft hinter dem Rücken ihrer Redaktionen geschäftliche Verbindungen durch Maternaustausch pflegen, die man kaum für möglich halten sollte. Es werden dadurch die Inserenten benachteiligt, die die vollen Zeitenspreise zahlen, während die betreffenden Zeitungen den Satz der Inserate gar nicht herstellen, sondern einfach von der „Konkurrenz“ abblättern. Wenn auch, soweit es sich um sogenannte künstlerische Entwürfe handelt, solche Verfahren technisch berechtigt scheinen, so haben sich doch allmählich Übertreibungen eingeschlichen, die als grober Untug zu bezeichnen sind. Auch der Umfang der Maternakorrespondenzen ist ein solcher geworden, der dem Zeitungsgerwerb nicht zur Ehre gereicht, sondern in ein Handelsgeschäft mit „öffentlicher Meinung“ ausgeartet ist, das in schroffem Gegensatz zu den hohen Beugs- und Inseratenpreisen der Zeitungen steht. Die Buchdruckergehilfen verurteilen einen solchen Mißbrauch und solche Geschäftspraktiken.

Eine längere Aussprache ergab sich über die schon längst geplante und auf den 10. November d. J. angeordnete Statistik des Verbandes über die berufliche Gliederung der Gehilfenschaft sowie nach Altersklassen und Entlohnung. Da die gegenwärtige Lohnbewegung gerade in die vorgesehene Zeit für die Statistik fällt, waren Verhättnisse laut geworden, daß dadurch die genaue Durchführung der Statistik erschwert werden könnte. Bei näherer Prüfung dieser Bedenken mußte jedoch anerkannt werden, daß diese nicht berechtigt sind. Denn der vorgesehene Stichtag, der 10. November, fällt noch in die laufende Kündigungsfrist, an dem die Zahl der Gehilfen in den Betrieben noch vollständig erfasst werden kann; die Berufs- oder Spartenzugehörigkeit sowie das Alter und der Familienstand der Gehilfen wird durch die Lohnbewegung ebenfalls nicht verändert. Und da die Ermittlung der Entlohnung in der Weise vor sich gehen soll, daß der Tariflohn als einseitige Basis gilt, von dem aus auch die über tarifliche Entlohnung in gewissen Staffeln anzugeben ist, so wird auch diese Erhebung durch die Lohnbewegung nicht gestört. Denn die neue tarifliche Lohnzulage muß auch allen zuteil werden, die heute schon über tariflich entlohnt sind; etwaige Abstriche wären als unzulässige Kürzung der tariflichen Lohnzulage zu beurteilen. Da nun die Erhebung der Statistik im Interesse der gewerkschaftlichen Aufgaben immer dringender geworden ist und so bald wie möglich in ihren Endergebnissen zur Verfügung stehen sollte, so erscheint es zweckmäßig, den vorgesehene Stichtag dafür unbedingt einzuhalten und nicht zu verschieben. Da wir auf die große Bedeutung dieser Statistik noch in einem besonderen Artikel in nächster Nummer eingehen werden, so wollen wir es bei diesem Hinweis bewenden lassen und verweisen noch auf die in heutiger Nummer ebenfalls zur Veröffentlichung kommende diesbezügliche Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Differenzen im Schriftgießergewerbe fanden auf der Gauvorsteherkonferenz ebenfalls eingehende Beleuchtung. Die geradezu aufreizenden Zumutungen der Firma Schelter & Giesecke in Leipzig wurden mit großer Entrüstung zur Kenntnis genommen und verurteilt.

Auch die Beschlüsse des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Hannover, seine Mitglieder durch strengere Maßnahmen zur Niedrighaltung der Löhne und zur gleichzeitigen Aufrechterhaltung des unerschütten hohen Druckpreisetarifs zu zwingen, fanden Erörterung. Wenn auch mangels klarer gesetzlicher Bestimmungen solche unsoziale Maßnahmen von Unternehmerorganisationen in der heutigen juristischen Gans- oder Halbwelt nicht richtig und scharf genug unterbunden werden können, so wird doch die weitere Entwicklung der Dinge dazu führen, daß die „Ehrengerichtsgesetze“ des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht in den Himmel reichen werden. Schon jetzt sind im Deutschen Buchdrucker-Verein Strömungen vorhanden, die sich gegen solche Diktate von „Führern“ wenden, die weder eine eigene Buchdruckerei, noch genügend soziales Verständnis für ein vernünftiges Verhältnis zwischen Betriebsinhabern und der Arbeitererschaft ihr eigen nennen. Und wahrscheinlich dürfte es auch noch Aufgabe des Reichswirtschaftsgerichts werden, in dieser Richtung einmal zu prüfen, ob solche Tendenzen der Unternehmerorganisationen nicht

einer fortschrittlichen und gesunden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft mehr Schaden als Nutzen. Gegenüber der prinzipialseitigen Spiegelschere mit dem Eigenlohn der Buchdrucker, die auf eine abschließliche Trostführung der breiteren Öffentlichkeit durch die bürgerliche Presse im Dienste der Zeitungsverleger und der Buchdruckereliten hinausläuft, wurde eine noch schärfere Beleuchtung des hohen Druckpreisetarifs gefordert. Soweit hierbei der „Korr.“ in Frage kommen könnte, haben wir es daran in letzter Zeit gewiß nicht fehlen lassen. Da nun die „Zeitschrift“ in letzter Zeit unsere Feststellungen auf diesem Gebiete in sehr plumper und unvorsichtiger Weise bekrittelt hat, werden wir je nach Lage der Dinge in nächster Zeit noch deutlicher werden.

Der am 31. Januar 1925 erfolgende Ablauf des Manteltarifs wurde ebenfalls in den Kreis der Beratung gezogen. Die Aussprache darüber war ergiebig. Kam einesteils dabei zum Ausdruck, daß auch für die Gehilfenschaft das Bedürfnis besteht, nicht im Jahre ein- oder zweimal noch wochenlange Beratungen dieser Art zu pflegen, so war andererseits Übereinstimmung festzustellen, daß doch erst in manchem der Manteltarif abgeändert bzw. Ungerechtigkeiten ausgemerzt werden bzw. Vereinbarungen eintreten müßten. Die Altersklasseneinteilung und das Arbeitszeitabkommen wären in erster Linie zu nennen. Es wurde also beschlossen, den Manteltarif am 1. Dezember 1924 zu kündigen. Vorgesehen wurde noch, welche Punkte bestimmt von Verbandsseite einer Antragsstellung unterzogen werden sollten und die Erwartung ausgesprochen, daß auch im allgemeinen größte Beschränkung auf die wichtigsten Punkte geübt werden möge. Es sei ja auch zu bedenken, daß ein Übermaß von Gehilfenanträgen auf der andern Seite gar zu leicht zu einem Unmah führen könnte. Als Verhandlungskommission wurden die früheren Kreisvertreter bestimmt.

Neuerdings gibt es wieder eine Faktorenfrage für den Verband. Der Beschluß des Hamburger Verbandstages zum Kapitel „Verband und Faktorenbund“ wird in einer Weise ausgelegt, der ihm nach seinem Zustandekommen als Ausweg gegenüber schärferen Anträgen nicht zukommt. Der Faktorenbund hat extra eine Kreisvorsteherkonferenz deswegen für notwendig befunden. Eine Sitzung des Hauptvorstandes vom DVB in Lübeck hat sich schon damit beschäftigt, wie den „Bebrängungen“ des Verbandes gegen die Faktoren vom Standpunkte der „Unternehmerfürsorge“ aus entgegengetreten werden könne, und von Stuttgart aus müht man sich ab, kreisweise auf dem Versicherungswege die Faktoren von allen sozialen Kloten zu erlösen. Da in dem Faktorenorgan auch in den jüngsten Wochen mancherlei zu lesen war, was nicht darauf schließen läßt, daß die Faktoren keine materiellen Sorgen mehr kennen, so sollte die auf einmal so aufflammende Prinzipialliebe von den Faktoren doch für recht verdächtig erachtet werden. Die Einbeziehung gegen den Verband, der doch so vielen Faktoren eine Heimstätte war oder noch ist, kann nötigenfalls manchem Faktor nur zum Nachteil werden. Es wird in einem besonderen Artikel über Verband und Faktorenbund noch mehr zu sagen sein.

Zu unserm Verbandshaus soll, wenn von der Bauleitung die Zulage gehalten werden kann, am 8. November der Grundstein gelegt werden durch einen einfachen Akt nachmittags 3 1/2 Uhr. Ernst ist die Zeit, doch neues, stärkeres organisatorisches Leben soll nun mit dem Werden dieses großen, stolzen Baues unter den deutschen Buchdruckergehilfen sich ausbreiten. Die nächsten Tage und Wochen sollen gutes Zeugnis dafür ablegen. Der Verbandskassierer konnte mit dem Gefühl der Freude verkünden, wie stark sich einzelne Gauen und Bezirke bei dem Verbandshausbau mit ihren Mitteln engagiert haben. Das müßte aber eine noch allgemeinere Erscheinung werden. Den vielen Anfragern, ob auch kleinere Beiträge von kleineren Vereinen angenommen werden, sei belobend zu antworten. Diese Anlage von Vereinsgelbern ist oben drein rentabel, da zunächst die eingehenden Summen bei der Gewerkschaftsbank gegen gute Verzinsung für die Geldgeber angelegt werden.

Das dieser denkwürdigen Gauvorsteherkonferenz gehaltene Schlusswort ließ noch einmal anklingen, wie unglaublich kurzfristig und unverantwortlich für die Öffentlichkeit die Lohnpolitik der Prinzipalität jetzt ihre „Kronung“ finde. „Nach längeren Beratungen trotz schwerster Bedenken“ hat der DVB, wie es in der „Zeitschrift“ heißt, anständig den Schiedspruch angenommen. Man wollte ursprünglich die Früchte der sehr guten Geschäftslage statt einzufachen und will nun doch ganze 3,40 M „opfern“. Die Führer im DVB müssen tüchtig umlernen! Wenn sie am Abend des 3. November hätten erleben können, wie in der auch in allen Nebenräumen überfüllten Versammlung der Leipziger Gehilfenschaft das Ergebnis der bis 4 Uhr am 3. November tagenden Gauvorsteherkonferenz in Berlin aufgenommen worden ist und trotz kommunistischer Vorarbeit durch Flugzettel und Empfehlung kommunistischer „Taktik“ in der Versammlung mit überwältigender Mehrheit die von der Gauvorsteherkonferenz reichlich erwogene Taktik aufgegeben wurde, dann wüßten sie, daß es fünf Minuten vor 12 Uhr ist zu vernünftigen Handeln. Eine solche trübige Entschlossenheit und prächtige Geschlossenheit muß in aller Versammlungen jetzt zum Ausdruck kommen!

## Bekanntmachung

Nach dem Eingehen des Tarifamtes und durch die Zeit der Inflation sind auf dem Gebiete der Berufs- und Tarifstatistik fühlbare Lücken entstanden. Es ist zur zwingenden Notwendigkeit geworden, wieder einen genaueren Überblick über die Gegenwartsverhältnisse zu erlangen. Der Verbandsvorstand hat deshalb vor einiger Zeit beschlossen, im Monat November eine auch die tariflichen Verhältnisse umfassende

### Statistik

aufzunehmen. Die Fragebogen sind bereits zum Versand gelangt. Als Stichtag für die Aufnahme ist der **10. November 1924** festgesetzt. Die ausgefüllten Fragebogen sind bis spätestens 17. November an die Gauvorstände zurückzuschicken.

In Anbetracht der besonderen Wichtigkeit dieser Statistik für künftige Tarifverhandlungen richten wir an alle mit der Ausfüllung der Fragebogen betrauten Kollegen den dringenden Appell, sich dieser Aufgabe gewissenhaft zu entledigen. Die Statistik muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, ein möglichst umfangreiches und genaues Bild der gegenwärtigen beruflichen, organisatorischen und tariflichen Verhältnisse ergeben.

Berlin, den 1. November 1924.

Der Verbandsvorstand

## Aus dem Genossenschaftsleben

### Preiskartelle und Konsumgenossenschaften

Die Verbraucherschaft im allgemeinen, einschließlich der Konsumvereinsmitglieder, ist viel zu wenig darüber unterrichtet, daß die Konsumgenossenschaften einen wesentlichen, wenn nicht den einzigen Schutz gegen die willkürliche Preisbildung bedeuten. Und wenn es eine verhältnismäßig einfache Sache ist, bei der täglichen Warenvermittlung gegenüber dem Privathandel preisregulierend zu wirken, so tritt erst bei der Warenpreisbildung durch die kapitalistischen Kartelle der Industrie und des Großhandels die einzigartige Bedeutung der genossenschaftlich organisierten Verbraucher in die Erscheinung.

Es ist bekannt, daß Industrie und Großhandel unter den Einwirkungen des Kriegs und der Zwangswirtschaft die Preisbildung nicht mehr nach den Grundsätzen einer gesunden Volkswirtschaft behandeln, welche unter fortschreitenden technischen Verbesserungen bei der Herstellung und dem Vertrieb der Waren durch Herabdrückung der Unkosten eine möglichst verbilligte derselben voraussetzt, sondern daß sie unter Anwendung monopolartiger Mittel einfach die Warenpreise erhöhen, um sich eine weit über den Kapitalprofit der Vorkriegszeit hinausgehende Rente zu sichern.

So jagen sich Industrie und Großhandel gegenseitig den „Hafen in die Küche“, den Braten haben die Verbraucher zu besahen. Dem Privathandel wie den Konsumgenossenschaften werden die Verkaufspreise einfach vorgeschrieben, und „wer nicht pariert, der fliegt“, d. h. er bekommt keine Warenlieferung mehr vom Kartell der Fabrikanten oder des Großhandels und kann sehen, wo er sein Einkommen sich sichert.

Während sich nun dieser Preisdiktatur der Kartelle der Privathandel willkürlich unterwirft, weil er erstens keine ihn schützende Organisation besitzt und zweitens die erhöhten Warenpreise vom Verbraucher bezahlt werden müssen — denn: den letzten belassen immer die Hundel —, steht die Sache bei den Konsumgenossenschaften ganz anders. Sie unterwerfen sich nicht, sondern nehmen den Kampf auf. Die genossenschaftliche Konsumentenorganisation ist als Abnehmerin für Hunderttausende von Familien ein gefährlicher Gegner der Kartelle; denn ein Boykott bestimmter Fabriken und bestimmter Erzeugnisse durch die Konsumgenossenschaften bedeutet eine Abstrafe, die kaum überwunden werden kann, weil drei bis vier Millionen Familien organisierter Verbraucher nicht so leicht zu erbeuten sind. Ein Boykott, der um so wirksamer durchgeführt werden kann, als es auch Inhaber gibt, die dem Kartell nicht angehören, oder weil die großen Konsumgenossenschaften in der Lage sind, die ausländische Konkurrenz zur Befreiung heranzuziehen.

So haben die deutschen Konsumgenossenschaften schon einige Jahre vor dem Kriege einen derartigen Kampf mit dem Kartell der Markenartikelfabrikanten (Markenartikel sind in der Fabrik schon abgepackte

Waren, wie Kaffee, Keks, Seifen usw.) mit vollem Erfolge durchgeführt. Das Kartell schrieb dem Privathandel die Preise vor und verlangte von den Konsumgenossenschaften die Unterzeichnung eines Verwerfes, wonach sie in ihren Verteilungsstellen die gleichen Preise einzuhalten hätten wie der Privathandel und keine Rückerstattung (Klabb, Dividende) dafür gewähren dürften. Unter Führung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Hamburg lehten die Konsumgenossenschaften das Ansinnen einfach ab und boykottierten ihrerseits das Kartell. Nach ganz kurzer Zeit gab das Kartell klein bei — der Kampf war im Interesse von Millionen Verbrauchern gewonnen, trotzdem der Privathandel vollständig versagt hatte.

Diese Tatsache führt mit zwingender Logik dazu, die genossenschaftliche Eigenproduktion zu fördern, wo es nur irgendwie angeht. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß z. B. die großen Seifenfabriken der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sowie deren neue Malzstoffsiedereien und Fabriken für chemisch-technische Erzeugnisse (Schuhcreme usw.) jede Preisdikatur der Kartelle von vornherein unterbinden, da die genossenschaftlichen Produktionsunternehmungen grundsätzlich Vereinbarungen über Preise mit kapitalistischen Kartellen ablehnen.

Es zeigt sich also auch in diesem wichtigen Punkte die außerordentliche Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation als Verbraucherschutz gegen die Industrie- und Handelskartelle. ff.

## Korrespondenzen

**Braunschweig.** Unre Versammlung am 19. September beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Beschlüssen des Hamburger Verbandstages. Das Referat hatte Bezirksvorsitzender Reuter übernommen, der in großen Umrissen den Lauf der Verhandlungen schilderte. Die nicht stark besuchte Versammlung folgte mit lebhaftem Interesse den Ausführungen des Referenten. Die anschließende Aussprache beschäftigte sich hauptsächlich mit der Erhöhung der Beiträge, die manchen verschmupft hatten. Kollege Reuter verstand es aber in seinem Schlußwort, die Anwesenden von der Notwendigkeit derselben zu überzeugen. Die Debatte langte dahin aus, daß man sich, wenn auch teilweise schweren Herzens, mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden erklärte. Der Versammlung war die Ehrung eines verdienten verstorbenen Kollegen vorausgegangen. Einige Interna fanden in harmonisch-kollegialer Weise ihre Erledigung.

**K. Bingen.** Der Bezirksverein Mainz hielt am 12. Oktober hier eine gemeinsame Versammlung ab für die Orte Bingen, Alzey, Baumholder, Birkenfeld, Rinn, Oberstein-Idar, Ingelheim, Gau-Algesheim und Rüdelsheim. Kollege Weprich begrüßte die Anwesenden und besonders unsern Gauvorsitzer Conradt, dem es seit vielen Monaten erst heute wieder möglich ist, unter den Provinzkollegen zu weilen. Die aufbesuchte Versammlung gab auch ihrer Freude darüber Ausdruck. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen referierte Kollege Conradt über das Thema: „Rückblick auf den Verbandstag in Hamburg und unsre nächsten Aufgaben“. Er stellte fest, daß der Verbandstag, entgegen den beiden letzten Generalversammlungen, von großer Sachlichkeit und Kameradschaftlichkeit getragen war. Kollege Conradt behandelte sodann rückblickend die Bewegungen von April 1923 bis heute. Die jetzt zu verzeichnende gewaltige Teuerung und die in den letzten Jahren eingetretene Herabwirksamkeit des Haushalts der Gehilfen machen unbedingt eine Lohnerhöhung notwendig. Es folgten noch einige Ausführungen über den Ausbau der Unterstützungsanstalten und den Industrieverband. Auch in bezug hierauf waren die Darlegungen überzeugend. In der Hoffnung, daß wir uns in aufsteigender Linie weiterbewegen, schloß Kollege Conradt seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit den Ausführungen einverstanden. Kollege Blaschke (Bingen) ver sprach sich von dem öfteren persönlichen Verkehr der Funktionäre mit den Mitgliedern mehr als von Broschüren und gedruckten Berichten.

**M. Düsseldorf.** Am 13. September fand eine Bezirksversammlung statt, die außer den geschäftlichen Mitteilungen nur den Bericht über den Verbandstag entgegennahm. Die beiden Düsseldorfer Delegierten, Kollegen Schindelfecker und Graaf, beschränkten sich, nachdem die Berichterstattung des „Korr.“ so ausführlich war, darauf, die markantesten Stellen der Verhandlungen hervorzuheben. Letzterer betonte, daß es wohl richtig sei, was ein prominenter Delegierter auf dem Verbandstage gesagt habe, daß bei einer Anzahl Delegierten zum Verbandstag seit den beiden letzten Verbandstagen Wandlungen vor sich gegangen seien; doch nicht nur bei diesen, sondern auch bei den Führern hätten sich Wandlungen vollzogen in der richtigen Erkenntnis, daß dem Unternehmertum gegenüber anders aufzutreten werden müsse. Beide Redner sprachen am Schluß ihrer Ausführungen ihre Befriedigung über die vom Verbandstag gefassten Beschlüsse aus. Die Aussprache über die Referate war nur kurz; es ergab dieselbe, was auch schon der den Rednern gezollte Beifall bewies, daß die Düsseldorfer Mitgliedschaft mit dem Ergebnis des Verbandstages zufrieden ist.

**Frankfurt a. M. (Maschinensetzer.)** Eine aufbesuchte Versammlung am 21. September nahm, nach Erledigung des „Geschäftlichen“, den ausführlichen Bericht des Kollegen Marx Bauer über den Maschinensetzerkongress in Hamburg entgegen. Die eingehenden, sachlichen Ausführungen unsres Delegierten fanden Zustimmung und reichen Beifall. Die Versammlung war mit den Beschlüssen einverstanden und stellte mit Genugtuung fest, daß die Beschlüsse tariflicher Art sich auch

der Verbandstag zu eigen gemacht hat. Zum Thema „Einiges aus unserer letzten Statistik“ machte Kollege **Domine** die Mitteilung, daß einzelne Fragen recht mangelhaft, manchmal direkt falsch beantwortet wurden. Im ganzen ließen sich jedoch interessante Bemerkungen ziehen, und feststellen könnte werden, daß dort, wo die Kollegen am schlechtesten besaß wurden, sie auch am längsten dafür arbeiten müßten. Es wurde Klage geführt, daß einzelne Monteur der Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik bei Neuaufrüstung von Maschinen vielfach die sanitären Erfordernisse des Arbeitsraumes außer acht ließen und bei Begutachtung die Geschäftsleitungen auf schlechte Vorbilder in dieser Beziehung hinwiesen. Ferner ließen die Ersatzteile, insbesondere die Spaltenteile verschiedener Reparaturwerkstätten, in ihrer Genauigkeit und Güte viel zu wünschen übrig.

**Freiberg i. Sa.** Unsere am 21. September erstmalig in **Oberan** abgehaltene Bezirksversammlung, zu welcher Kollegen aus **Dippoldiswalde**, **Frauenstein**, **Freiberg** und **Oberan** sowie Kollege **Lehmann** vom **Gauvorstand** erschienen waren, wurde von der **Oberaner** Kollegen aufs herzlichste begrüßt. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde des Antifragsonntages gedacht. Zu Punkt 1: „Berichterstattung vom Hamburger Verbandstag“, referierte Bezirksvorsitzender **Kohlschmidt** (Freiberg). Er verstand in fesselnder und klarer Weise der Versammlung den Verlauf der Tagung vor Augen zu führen. Reicher Beifall wurde ihm für seine Ausführungen gezollt. In der nun folgenden Aussprache, an welcher sich Kollegen der verschiedenen Druckorte beteiligten, wurde das Für und Wider der brennendsten Fragen, wie das Projekt des Verbandshauses, die Offsetgefahr usw., gestreift. Kollege **Kohlschmidt** wies in seinem Schlüsselwort an den Opferstimm und die Solidarität der Kollegenschaft. Im weiteren Verlauf wurde Stellung genommen zur Tagesordnung des Gantages. Unter „Bezirksangelegenheiten“ wurde noch eine interne Wahlfrage betreffs der letzten Delegiertenwahl zum Gantag besprochen.

**Gießen.** Unsere Herbstbezirksversammlung fand am 14. September hier statt. Vorsitzender **Moutarde** hieß die erschienenen Kollegen herzlich willkommen, besonders begrüßte er den Kollegen **H. Weber** (Marburg), der die Berichterstattung über den Verbandstag übernehmen hatte. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Kollegen. In der Aussprache wurde scharfe Kritik an einigen Beschlüssen des Verbandstages geübt, z. B. die Errichtung des Verbandshauses. Die Reiseunterstützung für die jetzige Zeit wurde als ungenügend bezeichnet. Der Wahlmodus der Delegierten zum Verbandstag sei zur Ungunsten der Provinz ausgefallen; es sei nicht nötig, daß die Großstadt mit vier bis fünf Delegierten vertreten sei. Bei den demnächst stattfindenden Lohnverhandlungen müßten die Löhne der Teuerung entsprechend erhöht werden. In seinem Schlüsselwort widerlegte der Referent die Ausführungen der meisten Diskussionsredner und wies übergriffe zurück. Er ermahnte die Kollegen, sich den Beschlüssen des Verbandstages zu fügen und sich mehr wie bisher am Vereinsleben zu beteiligen. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seinen klaren Bericht und unterstrich seine letzten Ausführungen noch besonders. Über die Entwicklung des Bezirks konnte der Vorsitzende im allgemeinen Gutes mitteilen. Das Andenken zweier verstorbenen Kollegen ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Den Kassenericht über das erste und das zweite Quartal 1924 erstattete Kollege **Bois** (Gießen). Der alte Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Die Festlegung des Ortes der nächsten Frühjahrbezirksversammlung soll dem Vorstand vorbehalten bleiben, jedoch soll die Versammlung nicht in Gießen stattfinden.

**Hannau.** Die außerordentliche Bezirksversammlung am 21. September nahm den Bericht des Gauvorstehers **Conrad** (Mannheim) über den Verbandstag entgegen. In der Einleitung gedachte derselbe unsres verstorbenen Bezirksvorsitzenden **Weisbrod** und würdigte dessen Verdienste um den Verband. Sodann wurde das Porträt des Verstorbenen entrollt, das zum dauernden Gedenken seinen Ehrenplatz im Vereinslokal erhalten hat. Darauf folgte der eigentliche Bericht über die Hamburger Tagung. Die von über 60 Proz. der Mitglieder besuchte Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen zum größten Teil einverstanden. Von der sich anschließenden Diskussion wurde reger Gebrauch gemacht. In seinem Schlüsselwort nahm unser bisheriger Gauvorsteher zugleich von unserm Bezirk **Abchied**, der am Ende des Jahres dem Gau **Frankfurt-Hessen** angegliedert wird.

**Heidelberg.** In der Versammlung am 24. September wurde zunächst das Andenken des kürzlich verstorbenen zweiten Vorsitzenden **Hermann Schmitt** in üblicher Weise gelehrt und sodann ein Nachfolger für ihn gewählt. Sodann erstattete Kollege **Hrzig** (Mannheim) einen klaren, erschöpfenden Bericht über den Hamburger Verbandstag. Hieran schloß sich eine kurze Aussprache. Die Versammlung erklärte sich mit dem Ergebnis der Hamburger Tagung einverstanden und sollte den Delegierten Anerkennung und Dank.

**Heilbronn.** In unserer Versammlung am 11. Oktober wurde der Bericht vom Gantag erstattet. Die Arbeit, die dort geleistet wurde, fand allseitige Anerkennung. Beim Punkt Lohnverhandlungen bildete nachstehende Resolution das Ergebnis der Aussprache über dieses Thema: „Die am 11. Oktober 1924 in Heilbronn tagende Buchdruckerversammlung verlanet von ihren Vertretern, daß sie bei den kommenden Lohnverhandlungen alle Mittel anwenden, um die materielle Lage der Gehilfenschaft zu verbessern. Diese Forderung der Gehilfenschaft ist bedingt durch die in letzter Zeit eingetretene katastrophale Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel.“

**Hirschberg i. Schl.** Am 21. September fand in **Landeshut** die von 71 Mitgliedern besuchte Herbstbezirksversammlung statt, eingeleitet durch Prolog und Begrüßung der Landeshuter. Eine Wieder-

aufnahme wurde befristet und mit Freude vernommen, daß die Kasserverhältnisse besser geworden seien. Sodann berichtete Vorsitzender **Schöpf** über den Hamburger Verbandstag, wofür ihm Dank ausgesprochen wurde. Zur Abänderung des Bezirksstatuts wurde eine Kommission gewählt; Anträge sind bis 1. Januar an den Bezirksvorsitzenden einzureichen. In der Debatte kam es zu einem bedauerlichen Mißklang, indem Kollege **Schöpf** erklärte, das Amt als Vorsitzender niederlegen zu müssen, offenbar infolge längerer fälschlicher Treiberzeiten. Als neuer Vorsitzender wurde Kollege **Frick** gewählt, der dem bisherigen für seine jahrzehntelange treue Arbeit Dank aussprach. Dann wurde beschloffen, 25jährige Verbandsmitgliedschaften und längere wieder zu ehren, die Form aber dem Vorstande überlassen. Das nunmehr endgültig vorbereitete Gedenkblatt der Gefallenen wird in Kürze angefertigt werden. Bestellungen sind an den Bezirksvorsitzenden zu richten. Nach der Versammlung fanden ein gemeinsames Essen und ein Spaziergang nach der Gabelbaude statt.

**Karlsruhe.** In unserer Versammlung am 12. September wurde nach Begrüßung durch den Vorsitzenden **Schweik** das Andenken unsres langjährigen Mitgliedes **Krause** in üblicher Weise gelehrt. Unter „Mitteilungen“ wurde das Überstundenwesen einer großen Zeitungsdruckerei aufs schärfste verurteilt. Anschließend hielt Direktor **Blum** einen kurzen Vortrag über „Zweck und Ziele der Volksbühne“ und richtete einen Appell an die Versammlung, durch Erwerbung der Mitgliedschaft diese kulturelle Stätte zu erhalten. Darauf erstattete Bezirksvorsteher **M. Maier** Bericht vom Hamburger Verbandstage. Er verstand es, die Zuhörer zu fesseln. Von einer Aussprache über das Referat wurde abgesehen. Nach herzlichem Dankesworten an den Referenten durch den Vorsitzenden fand die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Leipzig.** In der Versammlung am 12. September gab zunächst Kollege **Hesse** den Vereinsbericht, dem eine kurze Aussprache folgte. Dann referierte er über den Verbandstag, am Schluß seiner Freude darüber Ausdruck gebend, daß trotz der eingehenden Kritik an den Maßnahmen des Verbandsvorstandes in den letzten zwei Jahren positive Arbeit geleistet werden konnte. In der sich anschließenden Diskussion wurde u. a. ausgeführt, die Erhöhung des Verbandsbeitrags um 20 Pf. zum Verbandsausbau trotz der Erhebung von zwei Extrabeiträgen sei undiskutabel. Dieser Beitrag dürfe nur zur Schaffung eines Kampffonds erhoben werden. Das Dawes-Gutachten sei überhaupt nicht zur Sprache gekommen, trotzdem die Internehermer versuchen würden, die daraus resultierenden Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Die zwangsweise Schaffung des Industrieverbandes sei nicht verlanet worden, wie notwendig er aber sei, beweise die Offsetfrage. Es sei verwunderlich, daß das Vertrauensvotum für den Verbandsvorstand einstimmig angenommen worden sei. Es wurden zwei Entschlüsse eingebracht. Die eine besagt, daß der Verbandstag in keiner Weise zu den brennenden gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung genommen habe. Es seien keinerlei Maßnahmen in tariflicher Hinsicht getroffen worden, um den wirtschaftlichen Interessen der Kollegenschaft im kommenden Kampfe um die Lastenverteilung Rechnung zu tragen. Die Festigung der Unterstützungsanstalten bedeute eine Schwächung des Verbandes als Kampforganisation. Das Ergebnis des Verbandstages sei daher abzulehnen. Die andre Entschlußfolgerung fordert, den Mehrbeitrag von 20 Pf. nur zur Bildung eines Kampffonds zu verwenden. Hierüber sei unverzüglich eine Urabstimmung herbeizuführen. Mehrere Redner wandten sich scharf gegen diese Ausführungen. Auch auf dem Verbandstag sei Opposition getrieben worden, aber es sei eine gesunde Opposition gewesen. Den Kollegen an der Spitze des Verbandes müsse unbedingt Vertrauen entgegengebracht werden. Man dürfe überzeugt sein, daß sie ihr Bestes hergeben, um der Kollegenschaft zu helfen. Es müsse endlich einmal energisch Front gemacht werden gegen die Kollegen, die nur der Opposition halber Opposition treiben. Inzwischen waren zwei weitere Anträge eingegangen; der eine wünscht, daß Kollege **Grahmann** in der nächsten Mitgliederversammlung über das Dawes-Gutachten referiert, der andre erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Kollege **Hesse** bemerkte im Schlüsselwort, daß es nicht nötig sei, den letzten Ausführungen noch etwas zuzufügen, er wandle sich aber ganz entschieden gegen die Redner der linksstehenden Opposition. Es sei ihre Absicht, alles in den Schmutz zu ziehen, was nicht nach ihren Parolen geschaffen worden sei. Ihr Handeln sei nicht frei, sondern diktiert. Dann ging er auf die eingebrachten Anträge ein. Er empfahl Ablehnung der beiden ersten, Annahme der beiden letzten Anträge. Auch er wünsche, daß Kollege **Grahmann** einmal in Leipzig referiere. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung der beiden ersten Anträge, dagegen die Annahme der beiden letzten. Die Abstimmung zeigte wieder in wunderbarer Klarheit, zu welcher kleinen Häuflein die „Opposition“ zusammengeschnitten ist.

**Leipzig.** (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Unsere Jahrgeneralsversammlung fand am 18. September statt. Kollege **Baufeld** gab einen Überblick über die Tätigkeit des Vorstandes im ersten halben Jahr. Nachdem der Kassierer den Kassenericht gegeben hatte, wurde ihm Entlastung erteilt. Danach ging man zum Hauptthema des Tages über: „Bericht vom Spartenkongreß“. In klaren, knappen Zügen schilderte Kollege **Köttsch** die Aufgaben des Kongresses und besprach die gefassten Beschlüsse. Sämtliche Delegierten seien demüht gewesen, alle Fragen im kollektiven Geiste zu erledigen. Nach einer kurzen Diskussion erstattete Kollege **Baufeld** Bericht über die Behandlung der Spartenfragen auf dem Verbandstag. Die kritische Beleuchtung dieses Themas fand oft eine lebhaft zu-

stimmung der Versammlung. Alle Diskussionsredner sprachen sich im selben Sinne wie der Referent aus. Der Standpunkt der Versammlungsleiternehmer fand in der einmütigen Zustimmung zu folgender Entschliessung ihren Niederschlag: „Die Halbjahrsgeneralversammlung des Vereins Leipziger Stereotypen und Galvanoplastiker hat die Berichte von dem siebenten Delegiertentag in Hamburg und der Behandlung der Spartenfrage auf dem Verbandstag zur Kenntnis genommen. Die Versammelten sind mit den Beschlüssen des Delegiertentages einverstanden. Sie protestieren aber gegen die Behandlung ihrer Anträge durch den Verbandstag. Sie halten den Standpunkt des Kongresses betreffend der Verkürzung der Arbeitszeit aufrecht und ersuchen die Zentralkommission, in diesem Sinne energisch zu wirken.“ Nach leidenschaftlicher Aussprache über einige örtliche Angelegenheiten erreichte die gutbesuchte Versammlung nach vierstündiger Dauer ihr Ende.

**Ludwigshafen a. Rh.** In der Halbjahrsbeiratsversammlung am 14. September in Frankenthal wurden zunächst einige geschäftliche Mitteilungen gemacht. Aufgenommen wurden drei Kollegen, die vorher Mitglied des Gutenbergsbundes waren. Der Kassenbericht über das erste und das zweite Quartal zeigt, daß es auf diesem Gebiet wieder aufwärts geht. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht vom Verbandstag in Hamburg, welchen Gauvorsteher Conradt erstattete. Die Versammlung ging mit den Ausführungen und Beschlüssen im allgemeinen ein. Einem Antrag betreffs der „Pfälzer Kasse“ konnte die Versammlung nicht zustimmen. Auf sein 50jähriges Verbandsjubiläum konnte Kollege Brand (Frankenthal) zurückblicken; er wurde mit einem Diplom des Verbandsvorstandes, ferner mit Geldgeschenken vom Ortsverein Frankenthal und Bezirksverein Ludwigshafen bedacht. Vom Gesangsverein „Gutenberg“ wurde dem Jubilar, der infolge eines Unglücksfalles nicht an der Versammlung teilnehmen konnte, ein Ständchen gebracht.

**Mühlhausen i. Th.** Der durch die Leitung des Bezirks Gotha mit dem 1. Juli existierende Bezirk Mühlhausen i. Th. hielt am 21. September hierseits seine erste Bezirksversammlung ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung des Kollegen Wisluga (Weimar) über den Verbandstag. In der Aussprache wurde besonders der Wunsch des Verbandstages unterstrichen, bei Lohnverhandlungen und anderen wichtigen Angelegenheiten die Bezirke und größeren Orte schnellstens zu benachrichtigen. Wenn auch noch einige andre Wünsche laut wurden, so erklärte sich die Versammlung doch am Schluß mit den in Hamburg gefassten Beschlüssen einstimmig einverstanden. Die im Fahnenabzug jedem Mitglied vorgelegten Bezirksjahrbücher wurden ohne nennenswerte Änderungen aufgegeben und der Beitrag auf 15 Pf. pro Woche festgesetzt. Bis zum Inkrafttreten des „Korr.“-Obligatoriums durch den Verband ist dasselbe für den Bezirk ab 1. Oktober eingeführt. Der bisherige provisorische Bezirksvorstand wurde einstimmig bestätigt. Es sollen in Zukunft jährlich zwei Bezirksversammlungen stattfinden, um die Kollegen des Bezirks näher zusammenzubringen. Dies war ja auch mit ein Hauptgrund zur Teilung des Bezirks Gotha, weil es in diesem räumlich so ausgebreiteten Bezirk vielen Mitgliedern nicht möglich war, an Bezirksversammlungen teilzunehmen. Leider war aber dieser Zweck bei der letzten Versammlung nicht erreicht worden, denn viel auswärtige Kollegen hatten es vorgezogen, bei dem gerade einmal herrschenden schönen Wetter ihre Schrebergärten oder Landparzellen abzurufen, anstatt zur Bezirksversammlung zu fahren. Hoffen wir, daß die wieder am Wort stattfindende Frühjahrsversammlung desto zahlreicher besucht wird. Eine Ausstellung von einem Wettbewerb zur Erlangung von Druckfäßen für den Bezirk und von zwei Kundsendungen des Bildungsverbandes fand reges Interesse.

**Kadeberg i. Sa.** Der Bezirk Kadeberg, umfassend die Mitgliedskassen Kadeberg, Kamenz, Großröhrsdorf und Pulsnitz, hielt am 21. September in Kadeberg eine Bezirksversammlung ab. Kollege Beyer begrüßte alle erschienenen Kollegen. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand das Referat unseres Gauvorstehers Freitag über den Verbandstag in Hamburg. Er brachte es in wirksamer, verständlicher Weise zu Gehör. Der nächste Punkt der Tagesordnung galt dem Tariflichen und Allgemeinen. Für die nächste Bezirksversammlung wurde Kamenz in Aussicht genommen.

**Saalfeld a. d. S.** In unserer Versammlung am 23. September gab Bezirksvorsitzender Klopfer (Jena) Bericht vom Verbandstag. In der sich an das Referat anschließenden Aussprache wurden Einwendungen gegen die vom Verbandstag gefassten Beschlüsse nicht erhoben, nur montierten einzelne Kollegen die immer wiederkehrenden „Extra“-beiträge.

**1. Schweidnitz (Schlesl.).** Der Besuch unserer Versammlung am 27. September war im Vergleich zu den letztvergangenen als gut zu bezeichnen. In ausführlicher, spannender Art gab Bezirksvorsitzender Köhler (Waldenburg) ein eingehendes Bild von dem Verlauf der Hamburger Verbandstagung. Im Verlauf der Aussprache erfuhr die Nichtkündigungs des Lohnabkommens durch den Verbandsvorstand eine scharfe Geißelung. Nach Aussprache über örtliche kollegiale Verhältnisse erfolgte Schluß der Versammlung.

**B. Schwerin i. M.** In unserer Versammlung am 24. September berichtete Kollege Dahnke ausführlich über den Verlauf und die Beschlüsse des Verbandstages. In der anschließenden sehr regen Aussprache wurde besonders die Befolgung der Verbandsangelegenheiten nach den Richtlinien des „Vereins Arbeiterpreise“ kritisiert. Durch die beabsichtigte feste Anstellung eines Gauverwalters für den Gau Mecklenburg-Vorpommern interessierte diese Frage besonders. Eine entsprechende Entschliessung wurde gegen einige Stimmen angenommen.

**Speyer. Kollege Uhrig (Mannheim)** berichtete in der Bezirksversammlung am 20. September über den Verbandstag in Hamburg. Klar und markant zeichnete er ein Bild von den Verhandlungen. In der sich anschließenden Diskussion kam u. a. zum Ausdruck, daß die Versammlung die auf dem Verbandstag geleistete Arbeit anerkennt; sie begrüßt die Verwirklichung des Verbandsbauprojektes; die Stellungnahme in der Frage des Industrieverbandes wurde aufgegeben. Bedauert wurde, daß auf dem Untersuchungsgebiete nicht mehr gearbeitet ist, hauptsächlich die Invalidentät hätte wesentlich erhöht werden müssen, selbst bei eventueller Erhöhung des Verbandsbeitrages. Wir dürften nicht warten, bis der Staat sich seiner Pflichten auf diesem Gebiete erinnert. Der Offsettrage solle auch ferner erhöhte Beachtung zugewendet werden, die egoistische Einstellung der Steinbrücker erfuhr gebührende Kennzeichnung. Die Anträge Grünberg usw. hätten die richtige Bewertung erfahren. Im Schlußwort sprach Kollege Uhrig seine Freude aus über die ausgiebige und objektive Aussprache. Kollege Dittsch dankte am Schluß über die gründliche Berichterstattung und ermahnte die Kollegen, im Geiste Hamburgs mitzuwirken an dem weiteren Ausbau unserer Organisation.

**Stettin.** Unsere Versammlung am 10. September war leblich auf besucht. Auswärtige, zum Bezirk gehörige Kollegen hatten es sich nicht nehmen lassen, zu erscheinen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über den Verbandstag. Gauvorsteher Reineke entledigte sich dieser Aufgabe in bester Weise. Besonderes Interesse beanspruchte in der Debatte der Industrieverband. Allgemein ist die Mitgliedschaft mit der Verbandstagsarbeit zufrieden, jedoch fehlte es auch nicht an Opposition. Kollege Wolter vermittelte eine Stellungnahme gegen die Sonderbestrebungen gewisser Brünnpale. Von einigen Kollegen wurde auch angezweifelt, ob es schon Zeit sei, ein Verbandshaus zu bauen. Lebhaftige Aussprache entstand über die Wahlordnung zu unsern Tagungen. Kollege Reineke war in seinem Schlußwort wohl in der Lage, auch auf die nichtzufriedenen Kollegen beruhigend zu wirken. In Stettin hat sich ein Arbeitsnachweis nationaler Buchdrucker etabliert, die Kollegen, besonders jüngere, werden gewarnt, sich an diesen Nachweis zu wenden.

**Zwickau.** Am 21. September fand hier unsere erste Bezirksversammlung nach der Inflationsperiode statt. Zu dieser Versammlung wurde auch wieder das Fahrgeld vierter Klasse hin und zurück vergütet. Trotzdem waren nur etwa 150 Kollegen dem Aufe des Vorsitzenden gefolgt, den Bericht von der Verbandstagung in Hamburg entgegenzunehmen. Kollege Krause erstattete einen ausführlichen Bericht. Er erbat seine Ausführungen mit dem Ratruf zum treuen Aushalten und zur Einigkeit im Verband der Deutschen Buchdrucker, damit der Wiederaufbau um so rascher vorwärts gehen könnte. In der Diskussion zeigte sich, daß verschiedene Vertreter der kleinen Drifflisten nicht mit allen Maßnahmen des Verbandstages einverstanden waren, speziell erklärten sie den Verbandsausbau als verfehlt. Auch mit der Beitragserhöhung konnten sie sich nicht einverstanden erklären. Die Mehrzahl erwartete wegen der schlechten Lage auf dem Lohngebiete eine Kündigung des Abkommens und war darob enttäuscht. Die Zwickauer Kollegen stellten sich geschlossen hinter die Ausführungen Krauses und brachten auch dem ideellen Aufbau des Verbandes Verständnis entgegen. Zum Schluß der Debatte wurde eine Resolution gegen 13 Stimmen angenommen, die sich mit den Beschlüssen der Verbandstagung einverstanden erklärt. In seinem Schlußwort widerlegte Kollege Krause die verschiedenen Einwände der Provinzialkollegen in eingehender Weise. In der Neuwahl wurde der alte Vorstand wieder bestätigt. Der neugewählten Anstellungskommission gehören drei Kollegen an. Zum letzten Punkt wurden noch einige tarifliche und Bezirksangelegenheiten erledigt, ferner eine Zusammenkunft der Lehrlingsleiter im Bezirk gewünscht.

**Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!**  
(50jähriges Verbandsjubiläum)

Kollege Jakob Döber, Drucker, in Sanaa. Kondition: Waisenhaus-Buchdruckerei.

**Allgemeine Rundschau**

**Dankagung.** Zu meinem 60. Geburtstag sind mir aus dem In- und Auslande so viele Anerkennungen und Glückwünsche zugegangen, daß es mir unmöglich wurde, diese einzeln dankend zu beantworten. Ich sage deshalb auf diesem Wege allen den herzlichsten Dank mit dem Versprechen, daß ich auch fernerhin meine ganzen Kräfte in den Dienst des Verbandes stellen werde. Joseph Seib.

**Submissionen.** Bei einer Kostenanforderung des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes in Pasewalk in Pommern über 20 000 Reichsmarkungen, ein Viertelbogen Konzert, forderte die Firma „Pasewalker Anzeiger“, e. G. m. b. H., Pasewalk, für die genannte Auflage 50 M. Für diesen Preis ist Knapp das Papier zu steuern. Die Firma Wendorff, „Pasewalker Zeitung“, forderte für die gleiche Arbeit den tariflich berechtigten Preis von 116 M.

**Preisauschreiben der Reichsarbeitsverwaltung.** Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Arbeitskraft das wichtigste Kapital ist, über welches das verarmte Deutschland verfügt, und daß ihr Schutz sozial- und wirtschaftspolitisch eine Lebensnotwendigkeit bildet, beabsichtigt die Reichsarbeitsverwaltung durch Herstellung eindrucksvoller Bilder, die in Arbeitsstätten und Versammlungsräumen in wechselnder Folge zum Ausklang gelangen sollen, der Arbeiterschaft ständig die ihr in den Betrieben

drohenden Gefahren vor Augen zu führen. Zu diesem Zwecke erließ die Reichsarbeitsverwaltung im Einvernehmen mit dem Reichsversicherungsamt, den Gewerbeaufsichtsbehörden der Länder und den Berufsanschaffungen am 24. Juni d. J. ein dementsprechendes Preisauschreiben. Das Preisrichterkollegium, dem neben namhaften Vertretern der bildenden Kunst auch solche der Unternehmervereände und der Gewerkschaften angehörten, tagte am 16. Oktober. Den ersten Preis von 1000 Goldmark erhielt Max Wollin (Berlin-Weissensee); Preise von je 500 Goldmark erhielten A. B. Henninger und Ahlers (Berlin), Preise von je 250 Goldmark Georg Keuffeld (Weimar), Hans Krieg (Münsterberg), Hans Wolpa (Auerbach i. S.) und D. Gawell (Berlin-Friedenau). Einer Darstellung von W. Dreher (Charlottenburg), die sich an die gestellten Aufgaben nicht gehalten hatte, aber durch ihre künstlerische Wirkung hervorragt, wurde ein nicht vorgelebener Sonderpreis zuerkannt. Ferner wurden wegen guter Platzwirkung zum Anlauf vorgesehen eine Darstellung von Paul Sinze (Neufölln) und eine solche mit dem Motto „Fakt auf“, für welche der Künstler seinen Namen angeben unterlassen hatte. Es ist beabsichtigt, eine Anzahl der eingesandten Entwürfe zur Veröffentlichung anzulassen und im „Reichsarbeitsblatt“ als Beilagen zu veröffentlichen.

**Sollen Nichtorganisierte Anspruch auf Tariflohn?** In dieser Frage fällt das Gewerbeamt selbst vor einiger Zeit ein Urteil, das namentlich für solche Arbeiter, die immer nur ernten, wo andre säen, also für Nichtorganisierte, von Bedeutung ist. Eine Firma verweigerte einem Arbeitnehmer die kurz vorher durch Schiedspruch festgesetzte Lohnhöhung von 17 Proz. und wurde deswegen verklagt. Die beklagte Firma machte geltend, daß der Kläger nicht Mitglied einer der an dem Schiedspruch beteiligten Parteien sei. Der Kläger könne deswegen aus dem Schiedspruch keine Rechte für sich herleiten, denn der Spruch sei wohl für verbindlich, nicht aber für allgemeinverbindlich erklärt worden. In der Urteilsbegründung wird noch darauf verwiesen, daß ein Schiedspruch, gleichgültig ob eine Unterwerfung unter diesen freiwillig oder gezwungen erfolgt, nur den Streit zwischen den beteiligten Parteien schlichtet. Für Nichtmitglieder der Parteien ist der Schiedspruch weder gefällt, noch erstreckt sich seine Verbindlichkeitsklärung darauf. Soll der Schiedspruch auch Kreise umfassen, die nicht den beteiligten Parteien angehören, so müßte er für allgemeinverbindlich erklärt werden.

**Was tutet der Wirtschaft die Sozialversicherung?** Der Hauptverband deutscher Krankenkassen versuchte den Anteil der Sozialversicherung an dem Gesamtumsatz der Betriebe festzustellen. Die durchgeführte Untersuchung hat Angaben von 71 Betrieben mit einem Gesamtumsatz von über 21 Millionen Goldmark und 33 000 beschäftigten Personen gebracht. Es handelt sich bei der Aufnahme um mittlere und größere Betriebe mit durchschnittlich 470 Beschäftigten. An diese wurden an Löhnen und Gehältern 3 1/2 Millionen Goldmark gezahlt, das sind 6,8 Proz. des Gesamtumsatzes. Für alle Beschäftigten mußten 1,61 Proz. des Gesamtumsatzes auf Rechnung der Sozialversicherung gezahlt werden. Davon hatten die Beschäftigten selbst aus ihren Bezügen 0,9 Proz. aufzubringen, so daß als Arbeitgeberanteil noch 0,7 Proz. des Gesamtumsatzes verbleiben. Rechnet man noch die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung hinzu, so erhöht sich diese Ziffer auf 0,9 Proz. des Gesamtumsatzes. Es ist hieraus zu erkennen, wie ungerechtfertigt das Moment des Unternehmertums über die drückenden Lasten der Sozialversicherung ist.

**Deutscher Arbeiter-Theaterbund.** Wir wurden ersucht, auf die Bedeutung dieser Vereinigung für die bahnbrechende Kulturarbeit der Arbeiterbewegung hinzuweisen. Der Deutsche Arbeiter-Theaterbund gegründet 1906, Sitz Leipzig, ist eine parteipolitisch neutrale Kulturvereinigung und steht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Seine Aufgabe ist, das Proletariat mit Unterstützung der Parteien und Gewerkschaften geistig fortzubilden. Der Deutsche Arbeiter-Theaterbund ist kein Vereinszirkel, der sein Wirken in blöder Vereinsfeier erstickt, sondern seine Tätigkeit ist darauf gerichtet, das Kulturniveau der Werktätigen zu heben, den Befreiungskampf der Arbeiterklasse dadurch zu unterstützen, daß er versucht, den Einfluß der bürgerlichen Kultur, der bürgerlichen Kunst auf die Proletariat zu brechen. Diese Tätigkeit kann er nur ausüben, wenn zwischen den proletarischen Organisationen und ihnen die enge Verbindung besteht. Alle Ortsgruppen des Deutschen Arbeiter-Theaterbundes, alle ihm angeschlossenen Arbeiter-Theatervereine sind aufzufordern und angewiesen worden, diese enge Verbindung mit den proletarischen Organisationen herzustellen. Alle weiteren Auskünfte erteilt der Bundesvorsitzende Alfred Zahn in Leipzig, Eisenstraße 30.

**Moskau betritt den Eintritt in die Gewerkschaften.** Die Auffassung der Kommunisten über den Wert oder Unwert der Gewerkschaften hat bekanntlich starken Wandlungen unterlegen. Während ein Teil von ihnen die Gewerkschaften sprengen wollte und eigene Organisationen gründete, hielt der andre Teil eine „Eroberung der Gewerkschaften von innen heraus“ für richtig und erstrebenswert. Eine Zeitlang hatten die Gewerkschaftsprenger die Oberhand in der KPD, die in verschiedenen Bezirken, z. B. bei den Buchbindern, zur Gründung von „revolutionären“ Gewerkschaften übergingen. Dann trat plötzlich ein Umchwung ein, als auf dem diesjährigen „Weltkongress“ der Roten Gewerkschaftsinternationale Sinowjew die Parole ausgab: „Aurück in die Gewerkschaften, in die verfluchten reaktionären, konterrevolutionären Gendarmengewerkschaften!“ Pflichtschuldiast hat sich nun der Zentralschuss der KPD, in seiner Sitzung am 18. und 19. Oktober der neuen Parole entsprechend „eingestellt“ und dazu folgende Entschlüsse gefaßt: „Der Zentralschuss der KPD erklärt: Die Beschlüsse des fünften Weltkongresses der Kommunistischen Internationale verpflichten alle Mitglieder der Kommunistischen Parteien zur Mitgliedschaft und zur revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften. Nur durch eine zähe und zielklare, revolutionäre

Auffklärungs- und Organisationsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften kann der Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung, der Hauptfeind im proletarischen Befreiungskampf, überwunden werden. Keine Sektion der Kommunistischen Internationale kann ihre Mitglieder von dieser Pflicht entbinden. Die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale müssen ohne Vorbehalt durchgeführt werden. Der Zentralschuss der KPD fordert darum erneut und kategorisch von allen Mitgliedern der Partei, sofern sie gewerkschaftlich nicht organisiert sind, in die freien Verbände einzutreten und unverzüglich ihre revolutionäre Arbeit dort aufzunehmen. In Erfüllung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale erklärt der Zentralschuss, kein Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands kann nach dem 1. Dezember 1924 ein Funktionär in der Partei bleiben, wenn es bis dahin nicht Mitglied seiner zuständigen Gewerkschaft ist. Kein Genosse kann nach dem 1. Februar 1925 mehr Mitglied der Partei bleiben, wenn er bis zu diesem Termin sich nicht gewerkschaftlich organisiert hat. Ausnahmen sind nur zulässig für solche Genossen, für die die Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit nicht besteht, wie Hausfrauen, Invaliden usw. Die Entscheidung liegt bei der örtlichen Parteileitung (darüber ergeben Anweisungen der Zentrale). Der Zentralschuss beauftragt alle Parteiorganisationen, mit größter Energie dahin zu wirken, daß alle Parteimitglieder schon vor den genannten Terminen ihren gewerkschaftlichen Organisationen zugeführt werden und in diesen ihre revolutionären Pflichten erfüllen.“ Die Kommunisten können auch tolerant sein, wenn es sich um gewerkschaftsfeindliche Parteimitglieder handelt.“ Bis zum 1. Februar 1925 haben diese Zeit, sich auf die elementarste Pflicht jedes Arbeiters zu bestimmen, seiner Gewerkschaft anzugehören. Bis die dreimonatige Galaktik verstrichen ist, sind sicherlich schon wieder verschiedene andre Parolen von der Roten Gewerkschaftsinternationale zur Ausgabe gelangt, die vielleicht das direkte Gegenteil befehlen. Wozu sollen sich denn bei solcher Sachlage die gewerkschaftlichen Raubbeute unter den Kommunisten in geistige oder materielle Unkosten stürzen durch den vorübergehenden Beitritt zu den freien Gewerkschaften!

### Literarisches

**„Schillers Werte.“** Eine neue Schiller-Ausgabe, eingeleitet vom Studienrat E. Marquardt, Doyent der Berliner Volkshochschule, erschien in der Volkshochschul-Verlags- und Vertriebs-G. m. b. H. (Berlin NW 40). Diese Ausgabe zeichnet sich dadurch aus, daß sie glänzend als vereinzelt, was von Schiller heute noch lebendig ist, aber sonst nicht, was nur philosophischer Ballast wäre. Eine gute Einführung und ein Schatz wertvoller Anmerkungen suchen die Schillerischen Dichtungen jedermann verständlich zu machen. Jeder der vier Bände ist sehr ansprechend ausgestattete Bände (je etwa 500 bis 600 Seiten) und ist auf höchstem Papier gedruckt. Diese Schiller-Ausgabe ist die erste einer Reihe von Klassikerausgaben, die der junge Volkshochschulverlag in der nächsten Zeit herausbringen will. Das vom Verband der deutschen Volkshochschulen begründete und getragene Unternehmen, das seinerzeit Gewinnabsichten verfolgt und als gemeinnützig anerkannt ist, will mit seinen Klassikerausgaben durch geistliche Auswasch und vollständige Einführungen eine Brücke zwischen Volk und Dichtung schlagen. Für die Mitglieder der Gewerkschaften hat die Verlagsgesellschaft des KPD, die Auslieferung der Klassikerausgaben der Volkshochschulverlags- und Vertriebs-G. m. b. H. übernommen. Die gesamte Ausgabe wird zum Vorzugspreis von 3 M. pro Band an Gewerkschaftsmitglieder geliefert. Im Buchhandel kostet jeder Band 4,20 M. Um die Anschaffung zu erleichtern, ist ein bequemes Teilzahlungs-system in Form von „Buchmarken“ zu 1 M. vom Verlag zur Einführung gelangt.

**„Kamer Mittelfelder Nr. 1825.“** Dieser allgemein beliebte Kalender ist im Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in sehr ansprechender Ausstattung und inhaltlicher Reichhaltigkeit rechtzeitig erschienen. Preis 60 Pf.

### Briefkasten

R. R. in Grl.: Beitrag war nicht beigelegt. — E. B. in Oberhausen: Inf. 303: 2, 3, 5 Nr. — H. W. in G.: Rantie bei Nachlieferung dieser Nummer nicht mehr berücksichtigt werden, daher in nächster. Besten Dank!

### Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 11. Fernruf: Amt Kurfunk Nr. 1101  
Vorkassentext: Berlin Nr. 103387 (18. Schweinik)

### Gewisse Mitgliedsarten einfordern!

Spätester Einfindungstermin für Oktober: 7. November. Etichtag für die Zählung der Arbeitslosen: 25. Oktober. Auf richtige Frankierung der Stammlistenkarten ist zu achten!

Beleg Frankfurt a. M. Das Buch des Kollegen Jakob K r o n o l d (Hauptbuchnummer 113 301), ausgeheilt Rheinland-Westfalen 11 413, wurde demselben in Schleswig-Holstein geköpft und wird hiermit für ungültig erklärt. Dem Kollegen K. wurde ein zweites Buch, Frankfurt-Heften 3237, am 30. Oktober 1924 ausgeleitet.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

Im Gau Bayern der Seher Anton W e i ß, geb. in Waldmünchen 1871; war schon Mitglied. — Hans Hemmerich in München, Holzstraße 24 I.  
Im Gau Berlin die Seher I. Paul K r o n o l d, geb. in Berlin 1830, ausgel. das. 1909; 2. Albert B e n e d e t, geb. in Weh 1884, ausgel. in Magdeburg 1902; 3. Walter B i e r m a n n, geb. in Berlin 1880, ausgel. das. 1907; 4. Hans B i e s e l e, geb. in Berlin 1902, ausgel. in Wottersdorf 1921; 5. Max B i t t n e r, geb. in Berlin 1854, ausgel. das. 1904; 6. Willi B o g a n a, geb. in Berlin 1884, ausgel. in Neufölln 1923; 7. Erich B u g e, geb. in Neuen 1901, ausgel. das. 1920; 8. Berthold F r a e n k e l, geb. in Bromberg 1901; ausgel. das. 1919; 9. Walter F e i s e, geb. in Berlin 1896, ausgel. das. 1915; 10. Bernhard F e r m a n n, geb. in Rixdorf 1904, ausgel. in Berlin 1922; 11. Erich F r e i e r n, geb. in Hellingsburg 1905, ausgel. in Berlin 1923; 12. Erwin F o f f m a n n, geb. in Schöneberg 1902, ausgel. in Berlin 1920; 13. Franz F i l i n e r, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 14. Erich K a n z e l, geb. in Gütum 1902, ausgel. in Berlin 1921; 15. Paul K a f i g, geb. in Altona 1896, ausgel. in Trebbin 1915; 16. Hans K e h d i n g, geb. in Berlin 1903, ausgel. das. 1921; 17. Felix K o m m a n d e r, geb. in Rogasen i. B. 1901, ausgel. das. 1918; 18. Willi K ü h n, geb. in Berlin 1904, ausgel. das. 1922; 19. Wilhelm L i n d e m a n n, geb. in Berlin 1889, ausgel. das. 1909; 20. Siegfried M a r, geb. in Berlin 1903, ausgel. das. 1921; 21. Karl M a y a n t e, geb. in Berlin 1903, ausgel. das. 1916; 22. Erich M i e t h i n g, geb. in Friedenau 1897, ausgel. das. 1918; 23. Adolf M i n k i e r, geb. in Hirschberg (D.-Pr.) 1904, ausgel. in Berlin 1922; 24. Max M o l t r e c h t, geb. in Berlin 1901, ausgel. in Charlottenburg 1919; 25. Alexander

Ritter, geb. in Berlin 1902, ausgl. daf. 1921; 26. Gustav Kapiera, geb. in Berlin 1902, ausgl. daf. 1920; 27. Paul K. a. r. a. t. h., geb. in Berlin 1899, ausgl. daf. 1917; 28. Hans K. a. r. a. t. e. l., geb. in Friedrichshagen 1909, ausgl. daf. 1911; 29. Rudolf K. i. m. p. i. e. r., geb. in Karbenburg-Niederrhein 1902, ausgl. in Freiburg (Südfr.) 1923; 30. Gustav K. i. s. t. a. h. e. r., geb. in Goltzen, Kr. Meieritz, 1911, ausgl. in Meieritz 1920; 31. Erich S. p. i. e. i. t. e. r., geb. in Berlin 1906, ausgl. daf. 1923; 32. Alfred S. p. i. e. r. m. a. n. n., geb. in Berlin 1906, ausgl. daf. 1923; 33. Erich S. h. i. r. e. l., geb. in Berlin 1903, ausgl. daf. 1922; 34. Kurt S. h. i. d., geb. in Berlin 1904, ausgl. daf. 1922; 35. Karl S. h. u. t. z., geb. in Kalsowal 1904, ausgl. in Berlin 1903; 36. Hermann S. h. u. t. z., geb. in Kalsowal 1904, ausgl. in Friedrichshagen 1904; 37. Oswald S. t. a. n. n., geb. in Berlin 1907, ausgl. daf. 1905; 38. Alfred T. a. u. b. e., geb. in Berlin 1902, ausgl. in Karlsruhe 1920; 39. Bruno T. e. m. p. i. e. r., geb. in Berlin 1901, ausgl. daf. 1910; 40. Gustav W. e. g. e. l., geb. in Berlin 1902, ausgl. daf. 1911; 41. bet. Maschinenkond. Rudolf S. h. i. d. i., geb. in Osterwed 1908, ausgl. in Schöningen 1911; 42. bet. Schmelzberger Fritz W. a. g. e. b. a. n. g., geb. in Gietlin 1902, ausgl. daf. 1911; 43. Dr. Erich W. i. p. l. o. w. s. k. i., geb. in Pafelhof 1904, ausgl. in Spanbau 1913; 44. Herbert W. e. i. t. e. r. m. a. n. n., geb. in Berlin 1901, ausgl. daf. 1919; 45. Karl W. e. i. t. u. s., geb. in Frankfurt a. d. O. 1890, ausgl. daf. 1904; 46. Erich K. o. r. n., geb. in Berlin 1906,

ausgl. daf. 1921; 47. Cesar U. u. h., geb. in Berlin 1901, ausgl. daf. 1920; 48. Oswald R. e. u. m. a. n. n., geb. in Berlin 1901, ausgl. daf. 1920; 49. Heinz U. u. j., geb. in Wichterfelde 1903, ausgl. in Berlin 1923; 50. Bruno U. u. h., geb. in Halle a. S. 1903, ausgl. in Berlin 1921; 51. Arthur U. e. l. s. e., geb. in Berlin 1903, ausgl. in Coblenzweide 1920; 52. August S. e. i. f. e. r., geb. in Darfemmen 1900, ausgl. in Berlin 1908; 53. Hans S. h. e. i. b. e. r., geb. in Berlin 1903, ausgl. daf. 1912; 54. Max S. h. i. g., geb. in Berlin 1907, ausgl. daf. 1918; 55. Johann S. t. e. n. d. e. r., geb. in Altona 1907, ausgl. daf. 1906; 56. Wilhelm T. i. a. r. n. i. e., geb. in Berlin 1908, ausgl. daf. 1914; 57. Paul W. e. n. t., geb. in Charlottenburg 1901, ausgl. daf. 1923; 58. Wilhelm W. e. i. t. a. r. g., geb. in Laiba a. S. 1907, ausgl. daf. 1917; 59. bet. Stereotypen Bernhard W. e. r. a. f., geb. in Berlin 1889, ausgl. daf. 1917; 60. bet. Stereotypen Fritz W. i. e. l. f., geb. in Spremberg (Maußig) 1909, ausgl. in Järkenwalde 1909; waren schon Mitglieder. — Robert Braun in Berlin SO 10, Engelauer 21.  
Im Haus Nordweg der Seher Paul K. o. w. a. c. y. f., geb. in Stuttgart 1900, ausgl. in Einde 1919; war schon Mitglied. — Franz J. i. b. e. r. in Bremen, Nordstraße 179 I.  
Im Haus Oberlein der Deuder Ferdinand D. h. e. r. g. e. l. l., geb. in Freiburg i. Br. 1902, ausgl. daf. 1921; war schon Mitglied. — Karl Sandfort in Freiburg i. Br., Eichholzstraße 41.

Anzeigengebühr: Die sechsspaltige Zeile 25 Goldpfge. Für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Vorbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 25 Goldpfge. Rabatt wird nicht gewährt.

# Anzeigen

Annahmefrist Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächsterfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postfach (Leipzig Nr. 613 26).

## Verlängerung der Einsendungsfrist!

Die bis jetzt eingegangenen Bestellungen auf den Deutschen Buchdrucker-Kalender 1925 ergeben die Auflage von 14000. Der Verlag hat sich entschlossen, den Verkaufspreis von 7 M. bis zum 17. November gelten zu lassen. Zur neuen Feststellung der Auflage wollen die Kollegen bis zu diesem Zeitpunkt ihre Bestellungen direkt an den Verlag einfinden. Durch den Buchhandel bezogene Exemplare des Kalenders werden im Dezember. Er kommt also noch rechtzeitig zu Weihnachten in die Hände der Besteller.

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße Nr. 8, III. Postcheckkonto Leipzig 534 30.

## Verbilligung des Papierbezugs

Der Konsumlampf bedingt Ersparnisse beim Einkauf. Sie können Zeitungsdruck, satiniertes Druck, Wertdruck, Kunstdruck, Buntdruck, Schreib-, Postpapier usw. erheblich günstiger beziehen als bisher. Nennen Sie mir Ihren Papierbedarf. Eine Anfrage kostet nichts, bringt Ihnen aber große Vorteile.

W. K. Berndt, Berlin-Lankwitz, Corneliustraße 4-6.

Größeres Unternehmen in Groß-Hamburg sucht für die Buchdruckerei für sofort einen durchaus tüchtigen **Schriftsetzer**

Gest. Angebote sind zu richten unter H. N. 7561 an Rudolf Mosse Hamburg J.

**Tüchtige Akzidenzsetzer**

mit zeitgemäßer Geschmacksrichtung für moderne Druckmaschinenstellung gesucht. Es wollen sich nur Herren mit schöpferischem Talent melden. [330]

Duxca, Buchdruckerei Otto Franke, Dresden-A., Wittenbergner Straße 66.

Für Werks- und Zeitschriftenfabrik **flotter Typographsetzer** gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an Postfach 79, Seifentischen. [371]

**Linotypsetzer** stellen sofort ein [373]

C. v. Altkicht & Sohn, Meissen (Sa).

**Linotypsetzer** mit längerer Praxis in dauernde Stellung gesucht. Deutsche Bergwerktzeitung G. m. b. H., Chem. Suche für sofort zwei tüchtige und zuverlässige **Typographsetzer** für A- und B-Maschine sowie einen **Scherstereotypen** in Dauerstellung. Zahlung über Tarif. Angebote mit Zeugnisabschriften sind zu richten an Friedrich Esser, Breiten (Saden), Buchdruckerei und Zeitungsverlag. [360]

**Illustrationsmaschinenmeister** erste selbständige Kraft, sauberer Arbeiter, für beste Industriearbeiten zum sofortigen Eintritt in angenehme und gutbezahlte Stellung gesucht. Herren aus großen Betrieben erhalten den Vorzug. Bewerbungen mit Gehaltsforderung und Zeugnisabschriften erbeten an Hoffmann & Reiber, Oßlig. [360]

**Illustrationsrotationsdrucker** an moderne variable Mehrfarbenrotation in dauernde, selbständige Stellung Nähe Leipzigs gesucht. Die Stelle ist frei durch Todesfall und bietet sich arbeitsfreudigem Drucker mit besten Erfahrungen, auch im Mehrfarbenruck, der an ein flottes Arbeiten gewöhnt ist, Gelegenheit zu angenehmer Dauerstellung. Ausführliche Angebote mit Angabe der seitherigen Tätigkeit, Alter und Lohnforderung sowie der eventuell frühesten Eintrittsmöglichkeit erbeten unter Nr. 301 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7. [354]

**Monotypsetzer** (Drucker) sucht möglichst frühe November Stellung. Angebote unter Nr. 382 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten. [354]

**Schreibeisetz** für wissenschaftlichen Werkbuch in Dauerstellung gesucht. Walter de Gruyter & Co., Trebbin (Kreis Teltow). [374]

**Tüchtiger, älterer Akzidenzsetzer** zum baldigen Eintritt gesucht. Bei zusichendenstellenden Leistungen Dauerstellung. Angebote schriftlich mit Lohnforderung. Walter Hülfert, Berlin W 57, Bismarckstraße 64. [364]

**Frankfurter Schriftgießerei** sucht gewandten und zuverlässigen Schriftsetzer mit leichtem Auffassungsgabe. Es ist beabsichtigt, ihn nach entsprechender Ausbildung die Kontrolle der ausgehenden Kommissionen zu übertragen. Geeignete Bewerber wollen Offert. einreichen unter Nr. 377 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königsstr. 7. [358]

Wir suchen zu baldigem Eintritt **zwei Linotypsetzer** mit längerer Praxis. Bei zusichendenstellenden Leistungen Dauerstelle und entsprechende Bezahlung über Tarif. Echo der Gegenwart, Aachen. [353]

**Typographsetzer** (Drucker) für sofort gesucht. Flensburger Volkszeitung. [373]

**Maschinenmeister** durchaus tüchtig, in Dauerstellung per sofort gesucht. D. Davids, Buchdruckerei, Chem. [370]

**Autotyp- und Plattendrucker** an sauberes Arbeiten gewöhnt, zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit näheren Angaben an W. Crüwell, Dortmund. [376]

**Maschinenmeister** für feinsten Illustrations- und Farbenruck für sofort gesucht. Angebote mit Beiliegung von Mustern und Zeugnisabschriften erbeten an Pfälzische Verlagsanstalt, Neustadt a. d. Saardt. [354]

**Schriftsetzer und Höhehobler** zum sofortigen Eintritt gesucht von Benz & Heise, Schriftgießerei, A. O., Hamburg 22. [354]

**Galvanoplastiker** tüchtiger Arbeiter und Fertigmacher, per sofort gesucht. Offerten mit Referenzen erbeten an J. G. Janker, Nürnberg. [385]

**Tüchtiger Schriftsetzer** sucht sofort Stellung; derselbe kann an der Linotype ausbilden. Gest. Off. unter Nr. 382 an die Geschäftsstelle dieses Bl., Leipzig, Königsstr. 5, erbeten. [385]

**Jüngerer Schriftsetzer** sucht für sofort Stellung als Akzidenz- oder Inschriftensetzer. Angebote erbeten an Alfred Große, Neufalwid, Gartenstraße 3. [385]

**Schriftsetzer** 30 Jahre alt, wettl., in allen vorkommenden Arbeiten erfahren, sucht in Dortmund od. Hörde sofort oder später Stellung. Angebote erbeten an K. Grüner, Holzwickede, Kolonie 31. [328]

**Maschinenmeister - Faktor** geprüft, Meister, 25 Jahre alt, Kenntnisse der gelam. Druckerei, Zerkennnisse, Kalkul. u. amerik. Buchführung, sucht zu weiterer Ausbildung Posten für Unterführung des Chefs, Faktors oder ins Kontor. Gest. Offert. unter M. S. 867 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 7, erbeten. [328]

**Maschinenmeister** für feinsten Illustrations- und Farbenruck für sofort gesucht. Angebote mit Beiliegung von Mustern und Zeugnisabschriften erbeten an Pfälzische Verlagsanstalt, Neustadt a. d. Saardt. [354]

**Schriftsetzer und Höhehobler** zum sofortigen Eintritt gesucht von Benz & Heise, Schriftgießerei, A. O., Hamburg 22. [354]

**Galvanoplastiker** tüchtiger Arbeiter und Fertigmacher, per sofort gesucht. Offerten mit Referenzen erbeten an J. G. Janker, Nürnberg. [385]

**Tüchtiger Schriftsetzer** sucht sofort Stellung; derselbe kann an der Linotype ausbilden. Gest. Off. unter Nr. 382 an die Geschäftsstelle dieses Bl., Leipzig, Königsstr. 5, erbeten. [385]

**Jüngerer Schriftsetzer** sucht für sofort Stellung als Akzidenz- oder Inschriftensetzer. Angebote erbeten an Alfred Große, Neufalwid, Gartenstraße 3. [385]

**Schriftsetzer** 30 Jahre alt, wettl., in allen vorkommenden Arbeiten erfahren, sucht in Dortmund od. Hörde sofort oder später Stellung. Angebote erbeten an K. Grüner, Holzwickede, Kolonie 31. [328]

**Maschinenmeister - Faktor** geprüft, Meister, 25 Jahre alt, Kenntnisse der gelam. Druckerei, Zerkennnisse, Kalkul. u. amerik. Buchführung, sucht zu weiterer Ausbildung Posten für Unterführung des Chefs, Faktors oder ins Kontor. Gest. Offert. unter M. S. 867 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 7, erbeten. [328]

**Maschinenmeister** für mehre Akzidenzdruckerei (oder Schneepressen, zwei mit Anlegeapparat, ein Ziegel). Angebote mit Lohnanspruch unter L. N. 61, Postamt 55, Berlin W. [358]

**Älterer Maschinenmeister** tüchtig in Platten- und Akzidenzdruck, a e s u c h t. Bei guten Leistungen Dauerstellung. Angebote mit Lohnansprüchen unter A. B. 41 Postamt Berlin W 57. [358]

**Musik-Instrumente** - alles Art & Garantie für tadelloste Ausführung. Dreifache Preis. Kling Dörfler, Magdeburg I. Sa. Nr. 16.

**Triumphhale** 0,75 M. Ch. Leibius Nachfolger, Stuttgart, Postfach 418.

**Besten** in jeder Größe, je nach Wunsch, bei 2 Cicero 5 Goldpfennig. Verl. des Bildungsverbandes der Deutsch. Buchdr. (G. m. b. H.), Leipzig, Salomonstraße 8.

Am Sonntag, dem 26. Oktober, ist der Tod wieder einen unserer Älteren, des Schriftsetzer **Karl Göber** im 62. Lebensjahr aus unserer Mitte. Bis kurz vor seinem Hinscheiden hat er in vorbildlicher Treue trotz schweren Leidens seinen Platz ausgefüllt. Wir werden ihm ein freundliches Gedächtnis bewahren. Bremen, 27. Okt. 1924. Die Kollegen der Graphischen Anstalt Karl Schuemann.

Am 26. Oktober 1924 verstarb unser lieber Kollege, der Seher **Hugo Michaelis** im 60. Lebensjahre. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Das Personal der Firma Paß & Griebel, A. O., Berlin.

Widlich und unerwartet verstarb am 26. Oktober infolge Schlaganfalls unser lieber Kollege, der Seher **Karl an Haad** im Alter von 47 Jahren. Welt ein braver Kollege, der als früherer Vorsitzender des Ortsvereins und Vertrauensmann die Interessen der Beihilfen stets vertreten hat, werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren. O. D. Oberhausen, S. D. Dulsburg.